

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Wegweiser monatlich 16.— M. durch Boten frei ins Haus geliefert, bei Abholung in den Geschäftsstellen 15.— M. Wochenblatt 2.75 M. Bei Postbezug vierteljährlich 48.— M. einschließlich Zustellungsgebühr. Einzelne Nummer 70 Pfg. Ausgabe werktäglich nachmittags. Falls durch höhere Gewalt, Betriebsstörung, Streik, Sperre, Ausperrung der Anzeiger verspätet oder nicht erscheint, ist der Verlag nicht zum Ersatz verpflichtet. — Postfachkonto Leipzig 49214. Geschäftsstelle: Hohenstein-Ernstthal, Bahnstr. 3.

zugleich
Oberlungwitzer Tageblatt
und
Gersdorfer Tageblatt

Anzeigenpreis die gefaltete Korpuszeile 2.50 M., Kleinzeile 6.— M.; bei Wiederholungen tarifmäßiger Nachlaß. — Auskunftserteilung und Vermittlung von schriftlichen Angeboten 2.— M. — Anzeigenaufnahme durch Fernsprecher schließt jeden Erfahrungsanspruch aus. — Bei zweifacher Einlegung der Anzeigengeldern durch Frage oder im Kontrahatsfall gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Ermäßigung in Anrechnung. — Fernsprecher Nr. 151. —

Anzeiger für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenchursdorf, Reichenbach, Hermsdorf, Bernsdorf, Rösdorf, Erlbach, Kirchberg, Ursprung, Wüstenbrand, Mittelbach usw.

Nr. 84

Sonnabend, den 8. April 1922

49. Jahrgang

In das hiesige Handelsregister für die Stadt ist heute auf Blatt 421 die offene Handelsgesellschaft in Firma **Langer & Fischer** mit dem Sitz in Hohenstein-Ernstthal sowie weitere Angaben eingetragen worden, daß deren Geschäftsführer die Robyproduzentin Marie Aurelie Led. Langer und der Robyproduzent Karl Max Fischer, beide in Hohenstein-Ernstthal, fernere, daß die Gesellschaft Ende Februar 1916 begonnen hat. Antragsnehmer Geschäftsweg: Handel mit Robyprodukten. **Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal, d. n. 7. April 1922.**

1. Herr **Fellenhauer** Besitzer E. Richard Wagner, Breite Str. 20, hat im Jahre 1921 in seiner Werkstatt eine **Fellenhauschneidmaschine** gekauft. 2. Herr **Fellenhauer** reibender W. B. Büchler, Moltkestr. 24, hat in den Jahren 1920 und 1921 in seiner Werkstatt 2 **Fellenhauschneidmaschinen** gekauft. Gemäß § 17 der Gewerbeordnung erfolgt hiermit die nachträgliche öffentliche Ausschreibung mit der Anforderung, etwaige Einwendungen, insoweit sie nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, binnen 14 Tagen schriftlich beim Stadtrat zu erheben. **Hohenstein-Ernstthal, am 7. April 1922. Der Stadtrat.**

Knaben- und Mädchenfortbildungsschule.

Alle Schüler- und Schülerinnen, auch die neuangeworbenen, haben sich **Montag, den 10. April**, zwecks Klasseneinteilung und Bekanntgabe der Unterrichtszeit pünktlich in der Schule der **Neuhäuser Scharte** einzufinden; die Knaben 6 Uhr und die Mädchen 7 Uhr. **Hohenstein-Ernstthal, den 8. April 1922. Schulleiter P. P. P.**

Oberlungwitz.

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Die Auszahlung der Feuerungszuschüsse zur Rente an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, Vollwaisen und Kriegserben erfolgt **Dienstag, den 11. April**, von nachmittags 2 Uhr ab im Rathaus — Zimmer Nr. 4 —. Feuerungszuschüsse an Kriegsbeschädigte werden nur auf 90% und Kriegsbeschädigten gezahlt. Desgleichen findet am genannten Tage Sonntag am Rathaus, Sitzungssaal statt. Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, welche Auskunft, Rat und Hilfe erheben wollen, werden hiermit aufgefordert, am genannten Tage zu erscheinen.

In Erwartung Genuas.

Die politischen Reaktionen ganz Europas haben ihre Köpfe gepackt und sitzen zum großen Teil bereits im Zuge, um dem vielgeliebten Genua zuzustreben; die ersten Delegierten sind sogar schon in dieser Stadt eingetroffen, über der ein heller Stern in unerreichbaren Höhen glüht: Der Stern der Erkenntnis von der wirtschaftlichen Eindeutigkeit der Welt. Jedes frische Glied läßt den Gesamtorganismus in irgendeinem schmerzhaften Gefühl zusammenzucken. Doch zwischen Stern und Erde schweben noch Welten, politische und geistige Kräfte, die hemmen. So werden die Weisen Europas zwar den Stern sehen, aber ihn nicht erreichen. Es wäre von einer Konferenz wohl auch zu viel verlangt; es treffen hier zum ersten Male zahlreiche Staaten mit individuellen Wünschen und Sorgen zusammen. Zwar haben sich schon Gruppen gebildet, Vertreter gemeinsamer Interessen zusammengekommen, aber ein festes Programm hat keine dieser Parteien entwerfen können. Es wäre vielleicht auch das Schönste und Beste, wenn die verantwortlichen Männer sich hier zusammensetzen würden, und ganz die Situation, das Material der Teilnehmer auf sich wirken lassen, und dann großzügig die Konsequenzen daraus ziehen. Dazu gehören aber ungebundene, fest im Sattel sitzende Regierungsvertreter, deren Wort auch gilt. Leider haben die Beschlüsse der Parlamente und Kabinette in den letzten Tagen aber gezeigt, daß man in Frankreich und England den Zielen der Führer nicht traut. Vorparlamente und Ministerbesprechungen haben Grenzen festgelegt, die nicht überschritten werden dürfen, und die englisch-französische Entente schwebt als Hindernis jeder freien Aussprache wie das Schwert des Damokles über der Konferenztafel. Das sind Bindungen, die den Erfolge beschränken müssen, und dieser Bindungen sind so viele, daß die glückliche Entbindung der Konferenz von einem großen Entschluß unmöglich geworden ist.

Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man die Gruppen und Einzelmächte in ihrem Ziel und ihrem Machtumfang an sich vorbeiziehen läßt. In Frankreich wird Genua direkt als eine Gefahr angesehen. Man muß vielleicht sagen „wurde“ denn im Laufe der letzten Monate hat Poincaré der Konferenz so viele Ketten angehängt, daß sie Frankreich, dem Schutzmantel Europas, nicht mehr entzünden kann. Der letzte Schlag gegen Genua war die Beschränkung der Vollmacht seiner Delegierten. Der Justizminister Barthou, der die Führung der französischen Delegation übernommen hat, ist in jeder Entscheidung an die Stellungnahme des Kabinetts gebunden. Wie jede Verhandlung dadurch gehemmt wird, daß der Franzose immer erst telefonieren muß, ist ohne weiteres ersichtlich. Das ist die erste Bindung Frankreichs. Die zweite liegt im Parlament, das zu jeder Abmachung Stellung nehmen will. Wenn man fragt, was Frank-

reich von Genua will, so wird die Antwort sehr bescheiden sein: Möglichst nichts. Nachdem die Abrüstungsfrage, die Friedensverträge und die Reparationen der Zukunftigkeit der Konferenz entzogen sind, werden Frankreichs Delegierte nur darüber wachen müssen, daß diese Probleme, die, wie der „Temps“ sagt, wieder durchs Fenster hereinkommen, wenn sie zur Tür hinausgeworfen sind, nicht zur Sprache kommen. Im wesentlichen scheint sich jedoch Genua auf eine Regelung der russischen Angelegenheiten beschränken zu wollen, und hier ist Frankreichs Politik noch durchaus unklar. Die russischen Vertreter verlangen bekanntlich Anerkennung der Sowjetregierung durch alle Staaten, Ausgleich der Schulden gegen die Schäden, welche durch die mit Ententebilden vorgenommenen gegenrevolutionären Feldzüge von Denikin, Koltschak, Wrangel und Genieroff verursacht wurden, Abänderung der Friedensverträge, allgemeine Abrüstung und einen wirklichen Wölfenbau und eine Anleihe.

In der letzten Nummer des „Manchester Guardian“ veröffentlicht der bekannte englische Volkswirtschaftler Keynes, dessen Kampf gegen den Friedensvertrag von Versailles unferen Lesern bekannt ist, einen neuen Artikel über den Wiederaufbau Europas. Das Grundproblem ist für ihn die Stabilisierung der europäischen Wechselkurse. Es wird seiner Ansicht nach schwer sein, die Währungen der zahlreichen Nachbarn Deutschlands wiederherzustellen, solange die deutsche Mark so unerhörten Schwankungen wie in den letzten Wochen ausgesetzt ist. Bei einem Wiederaufleben des Handels würde auch der Franken und die Lire ihren augenblicklichen Wert nicht behaupten können. Es wäre ratsam, den Versuch unverzüglicher Umkehrarbeit in Gold, wie er von verschiedenen Seiten für Genua geplant ist, auf folgende Länder zu beschränken: Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien,andinavien, Spanien, Holland, die Schweiz und die Tschechoslowakei. Die anderen Länder könnten erst mit der Zeit zur Teilnahme zugelassen werden.

Zur gleichen Zeit veröffentlicht die „Neue Zürcher Zeitung“ eine Unterredung mit dem französischen Nationalökonom Professor Gide, der in seinem Lande etwa die gleiche Stellung einnimmt wie Keynes in England. Auch er hält den Übergang zu einer neuen Münzeinheit für unvermeidlich und betont u. a. zum Wiederaufbauprogramm: „Es war ein großer Fehler, daß man die Vorschläge eines direkten Wiederaufbaues durch Deutschland nicht beigegeben hat. Die Wiederherstellung wäre rascher und billiger vor sich gegangen. Heute ist es dazu zu spät.“ Dann wird das Reparationsproblem besprochen, dessen Ausschaltung auf der Konferenz von Genua Professor Gide bedauert. Hinsichtlich der Höhe der Reparationsziffer muß der Franzose den Kritiken seines englischen Kollegen Keynes recht geben. Solange hier nicht die internationale Schuldkompensation abgebaut wird,

Auswärtige Hebammen betr. Es ist hier wahrgenommen worden, daß hiesige Einwohner in der Hauptsache wegen des niedrigen Ortspreises, die Tätigkeit auswärtiger Hebammen, in Hauptsache aus dem Gersdorfer Bezirk, in Anspruch nehmen. Durch dieses Gebaren einzelner Hebammen wird die hiesige Gemeinde schwer geschädigt, da den hiesigen Hebammen ein wertvolles Zubehörskommen sichergestellt werden muß. Es wird hierdurch gebeten, in Bedarfsfällen nur die Hebammen in Anspruch zu nehmen. Sollte die Entscheidung weiterhin wahrgenommen werden, auswärtige Hebammen hinzuzuziehen werden, müßte sich die hiesige Gemeinde veranlassen, sich in derartigen Fällen von den betreffenden Personen besondere Gebühren für die hiesige Veranlassung zu erheben.

Hundesperre betr. Nachdem in letzter Zeit häufig grobe Verbrechen gegen die Hunde am 24. Mai d. J. angeordnete Hundesperre beobachtet worden sind, werden die Hundebesitzer eindringlich auf die Befolgung der Bestimmungen hingewiesen. Es sind folgende Vorschriften zu beachten: 1. Alle Hunde sind schlingeln oder einzusperrn. Der Befehl der Hundesperre ist zu befolgen. 2. Die Benutzung der Hunde zum Ziehen ist unter der Bedingung gestattet, sie ist angelehnt, mit einem sicheren Maulkorbe versehen und außer der Zeit des Gebrauchs gelegt werden. 3. Die Verwendung von Jagdhunden bei der Jagd ist unter der Bedingung gestattet, die Hunde außer der Zeit des Gebrauchs (Jagdhunde außerhalb des Jagdreviers) zeitig mit einem sicheren Maulkorbe versehen, an der Leine geführt werden. 4. Aus dem Sperre dürfen Hunde ohne vorspitzige Erlaubnis, der eine ständige Untersuchung der Hunde vorzugehen hat, nicht ausgeführt werden. 5. Ueber die Herkunft und den Verbleib fremder, verdächtig innewohnender Hunde, sowie etwaige Verletzungen tollwütiger oder verdächtig Tiere ist vorzuzüglich dem Unterzeichneten Anzeige zu erstatten. Zusammenfassungen gegen bestehende Bestimmungen werden, soweit nicht eine höhere Strafe verurteilt ist, mit Geldstrafe bis zu 750 M. oder Haft bestraft. Außerdem ist die Disziplin der Hunde, die den gegebenen Vorschriften zuwider frei umherlaufen getroffen werden, sofort töten zu lassen.

Freibank Montag, den 10. April, wird von vormittags 9 Uhr an in der **Freibank rohes Schweinefleisch**, das Pfund zu 12 Mk., verkauft. **Oberlungwitz, den 8. April 1922.**

Der Gemeindevorstand.

kann Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, und Frankreich stößt auf unüberwindliche Hindernisse bei der Mobilisierung seines Gutshabens.

Morgen wird Genua eröffnet. Deutschland selbst hat von ihm wenig zu erwarten, denn Poincaré, der Herr der Welt, hat verboten, über die deutsche Frage zu sprechen.

Streikauseinandersetzungen.

Berlin, 7. April. Die Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes setzte heute die Aussprache über den Eisenbahnerstreik und seine Folgen fort. Der Vertreter des Reichsverbandes der Kommunalbeamten erbob schwere Vorwürfe gegen die Regierung und die politischen Parteien, die jede Beamtenforderung immer unter dem Gesichtswinkel betrachte: Was kostet uns das? Auf die Angriffe scharf schuldig, daß die Beamten der Eisenbahnen im Streik gelassen habe, erklärte der Redner: Solidarität in allen Ehren, aber sie hört dort auf, wo der Terror anfängt. Der Vertreter der Reichspostgewerkschaft behauptete, wenn sich der Beamtenvorstand im Streik hinter die Eisenbahner gestellt hätte, wäre das ganze Unheil erheblich abgemildert worden. Auch der Vertreter der Reichsjuristenbeamten trat lebhaft für das Streikrecht der Beamten ein. Die Verfassung habe den Beamten das Koalitionsrecht in allen seinen Ausprägungen gegeben und die Beamtenschaft dürfe sich von diesem Recht nichts rauben lassen.

Darauf nahm zu inneren Ausführungen der 1. Vorsitzende der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner Menne das Wort. Er erklärte, der Streik der Reichsgewerkschaft sei eine Naturgewalt gewesen, die die Beamten-

schaft auferlegt habe. Es handle sich um die Einseitigkeit der Beamtenschaft zuzustellen. Wenn der Kampf komme, und komme wieder, so müsse die Garantie vorhanden sein, daß die Beamtenschaft schloffen kämpfe. In der Frage der Beamten sollten auch die höheren Beamten Solidarität zeigen. Damit würde der Rest auch der Beweis gegeben, daß diese Beamten, wenn die Regierung sich wieder einmal gegen sie verhalten sollte, ihr verächtlich werden könnten. Die Beweise seien mäßig oft zu geben. Aber die Reichsgewerkschaft sich nicht auf Beamten verlassen könne, gebe sie bewußt die Arbeiter heran, um die Einheitsfront zu schaffen.

Bundsvorsitzender Flügel erklärte den Ausführungen Menne, er sei dankbar dafür, daß er so klar gesprochen habe. Nun wisse man, woran man sei. Flügel dann in weiteren Ausführungen noch ein auf die Vorkämpfer des Eisenbahnerstreik ein. Die Reichsgewerkschaft sei in den Streik getreten, ohne ihre Mitglieder durch Abmachung zu befragen. Er wisse aber nicht, ob zweckmäßig sei, die Schuldfrage gar zu erörtern. Die letzte Schuld an dem Streik liege ohne Zweifel bei dem Versailler Friedensvertrag, aber es gäbe Mitschuldige in unserem Volk und dazu gehöre die Regierung, gebore Reichsfinanzministerium mit seiner schwarzen Besoldungspolitik, mit der man bei Reaktionen wenigstens einen Teil der Beamtenchaft reuevoll vor den Kopf geschlagen habe. Es sei auch nicht anständig, daß man Reaktionen ohne ausgedehnte Bureaufbau an den Verhandlungstisch setze. Auch Reichsstaar sei nicht frei von Schuld. Er nicht auf die Initiative in den Verhandlungen verzichten dürfen.

Der Reichstag über die Not der Presse.

Berlin, 7. April. Präsident Löbe eröffnete die Sitzung. Auf der Tagesordnung stehen zunächst drei Anfragen. Die anrückenden Abgeordneten sind aber nicht anwesend. Präsident Löbe stellt fest, daß jede kleine Anfrage dem Reich nicht weniger als 710 Mark kostet. (Hört, hört!) Er tritt dringend, dies bei der Stellung von Anfragen zu beachten. Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Simon-Schwaben (Soz.), Körner (D.-N.), Mehrhoff (Unabh.) und Dietrich-Baden (Dem.) wegen Beleidigung wird nicht erteilt.

Das Ultimatum-Verordnungsgezet wird nach kurzer Befürwortung durch den Reichswehrminister Dr. Gessler angenommen. Danach erhalten die Soldaten, die nach dem Ultimatum vom 5. Mai 1921 entlassen worden sind, als Entschädigung die Verorgung, die ihnen beim Vorliegen von Dienstunfähigkeit nach dem Wehrmachtverordnungsgezet zugewiesen wäre. Das Gesetz zur Erhöhung von

Geldbeiträgen in der Unfallversicherung wird angenommen.

Es folgt die zweite Lesung eines Entwurfs über Änderung der Reichsversicherungsgesetzgebung. Die Vorbringt einige dringliche Änderungen der Reichsversicherungsgesetzgebung. Es werden unter anderem die

Heimarbeiter in die Krankenversicherung einbezogen.

auch die Invalidentversicherung wird auf ausgedehnt. Die Vorlage wird in zweiter Lesung angenommen. Das Gesetz hat den Titel: Gesetz über die Versicherung der Hauswerbetreibenden.

Ein Antrag Müller-Franken, wonach erhalte Flursorbe bei der Wochenschein auch in bereits laufenden Fällen gewährt den soll, wird ohne Aussprache angenommen. Anzunehmen wird ein Antrag des Unterausschusses, der die Regierung ersucht, dem Wiederauftritt des Reichstages